



16.6. 2020

Pressemitteilung

Der CDU-Fraktionsvorsitzende in Oestrich-Winkel, Pavlos Stavridis, stellt der Stadtverwaltung am Montag, 15. Juni, in öffentlicher Sitzung ein schlechtes Zeugnis aus. Er sagt, sie sei nicht in der Lage, einen von der Fraktion der Freien Grünen vorgeschlagenen und aus privaten Spenden finanzierten Corona-Hilfsfonds zu verwalten. Bürgermeister Kay Tenge (parteilos) sitzt ihm in zwei Meter Entfernung gegenüber und sagt nichts. „Der Bürgermeister stellt sich nicht vor seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern schweigt. Dadurch hat er nicht nur als Chef der Verwaltung versagt, sondern zugleich die Ablehnung der Hilfsmaßnahmen möglich gemacht“, kritisieren die Freien Grünen. „Die Stadt hat seit Beginn der Corona-Pandemie so gut wie nichts getan, um die Bevölkerung in der Corona-Krise zu unterstützen“, erklärten die Freien Grünen.

Die Fraktion der Freien Grünen hatte in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, in dem sie forderte,

1. auf der Webseite der Stadt eine „Schwerpunktseite Corona“ mit Material und Links zu folgenden Themenbereichen einzurichten:
 - Gesundheit und Schutzmaßnahmen vor Ort
 - Kinder, Jugend, Familie, Alleinerziehende (Kita, Schule, Freizeit)
 - Ältere Menschen und behinderte Menschen
 - Gewerbe, Einzelhandel, Gastronomie, Weinbau, Kulturschaffende
 - Kultur, Sport und Freizeit
 - Mobilität, Fuß- und Radverkehr, Auto - Energie und Umwelt
2. außerdem auf der städtischen Webseite eine „Ideenbörse“ einzurichten, um dort die kreativen Vorschläge und Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern zu sammeln, wie das Leben in unserer Stadt in Zeiten von Corona und danach nachhaltig umgestaltet werden kann.
3. bei der Verwaltung einen Corona-Hilfsfonds einzurichten, der über Spenden aus der Bevölkerung finanziert wird. Die finanziellen Hilfen sollen unbürokratisch beantragt und verteilt werden können an Familien, Alleinerziehende, Einkommensarme, StudentInnen, Kulturschaffende und Soloselbstständige, die durch die Corona-Krise besonderen Belastungen ausgesetzt sind.

Dem Antrag stimmten die Freien Grünen und die SPD zu. CDU, FDP und Bündnis 90/Grüne lehnten Punkt 3 ab; Punkt 1 und 2 verwiesen sie in den Ausschuss JSSK.

Dr. Ute Weinmann

Markus Jantzer